

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

bisher sind Sie es gewohnt, die Inhalte unserer VBS aktuell-Ausgaben ausschließlich zu lesen. Sie können diese aber nunmehr auch sehen und hören in **unserem neuen Videovorwort**. Die **neue**

digitale VBS-Politikbrief-Seite: www.vbs-ev.bayern/aktuelles/politikbrief beinhaltet zudem ein Archiv aller bisherigen Politikbriefausgaben, um schneller auf bereits erschienene Beiträge zurückgreifen zu können.

Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth hat anlässlich einer **neuen Analyse des Umweltbundesamtes (UBA) zu den Siedlungsrestabfällen in Deutschland** resümiert, dass „immer noch zu viele wertvolle Rohstoffe in der Restmülltonne landen.“ Besonders problematisch ist die **erschreckend hohe Zahlen an Bioabfällen, Kunststoffen und Gefahrenstoffe wie Batterien, die weiterhin im Hausmüll landen**. Sein politisches Ziel ist es folglich „eine echte Kreislaufwirtschaft aufzubauen, in der kaum noch Restmüll anfällt und die Rohstoffe wiederverwendet werden.“

In diesem Sinne bilden die Schwerpunkte der neuerlichen Ausgabe diesmal die **neu gestartete Kampagne zur sachgemäßen Entsorgung von Batterien und Akkus** und die nötige Nachjustierung der im September verabschiedeten **Novelle des Batteriegesetzes**. Zudem erläutern wir, warum aus unserer Sicht die Einführung von **Mindestrezyklatquoten** sowohl für Kunststoffe als auch weitere **Sekundärrohstoffe** insgesamt unerlässlich ist. Ebenso berichten wir über ein neues **Gerichtsurteil zur haushaltsnahen Erfassung von Biomüll**.

Wir freuen uns zudem über die Auszeichnung des VBS-Präsidenten Otto Heinz mit der **Bayerischen Umweltmedaille** durch Umweltminister Thorsten Glauber. In der Kategorie **VBS im Dialog** berichten wir darüber hinaus wie gewohnt über unsere Gespräche mit Politikern und Partnern. Sie finden diesen Teil weiterhin am Ende der VBS aktuell.

Eine gute Lektüre wünscht

Rüdiger Weiß
VBS-Geschäftsführer

Zusammensetzung des Hausmülls in Deutschland (Angaben in Gewichtsprozent)



© BMU

LESEN SIE ...



Bundesweite
Batteriekampagne
gestartet
>>> Seite 2

BATTERIEPFAND ab 9 Volt



Novelle des Batterie-
gesetzes bedarf
Überarbeitung
>>> Seite 3



Einsatz von Sekundär-
rohstoffen fördern
>>> Seite 4



Otto Heinz erhält bay.
Umweltmedaille
>>> Seite 5



<https://tinyurl.com/y5zcg3mj>



Bundesweite Batteriekampagne gestartet

Auch das Thema Sicherheit gilt es in diesem Kontext zu erwähnen. Bei unsachgemäßer Entsorgung ergeben sich sowohl für den Verbraucher als auch für die Mitarbeiter in der Entsorgungsbranche enorme Gefahren. Bei den Lithium-Ionen-Akkus herrscht bei falscher Entsorgung akute Brandgefahr. VBS-Präsident Otto Heinz: „Zahlreiche VBS-Mitgliedsunternehmen waren schon einmal von einem durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Akkus verursachten Brand betroffen. Das führt nicht nur dazu, dass wichtige Rohstoffe verloren gehen, unnötige Sachschäden und teure Feuerwehreinsätze hervorgerufen werden. Die Brände gefährden zudem die Gesundheit der Bevölkerung und vermindern die Kapazitäten der Entsorgungsbranche. Im Ergebnis wird das Recycling insgesamt geschwächt.“

Auch die Umwelt wird geschädigt. Wenn eine Lithium-Ionen-Batterie falsch entsorgt und dabei beschädigt wird, entweicht die Energie aus der Batterie, was zu Explosionen und Bränden führen kann. Befindet sich ein Entsorgungsmitarbeiter oder ein Verbraucher in der Nähe, herrscht akute Lebensgefahr: „Es grenzt an ein Wunder, dass bisher noch kein Mensch zu Schaden gekommen ist“, so VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß. Ziel muss es demnach sein, das Risiko von unsachgemäßer Entsorgung zu vermindern. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dem Verbraucher möglichst viele Möglichkeiten zu geben, Akkus und Batterien sachgemäß zu entsorgen. Zusätzlich muss der Verbraucher durch aktive Präventionsarbeit über die Gefahren der hochentzündlichen Lithium-Ionen-Batterien aufgeklärt werden. Insbesondere die Kommunen sollten ihren Bürgern mehr Angebote zur kommunalen Abfallberatung zur Verfügung stellen.

Aus den genannten Gründen startete im August 2020 auch der bayerische Auftakt der bundesweiten Batteriekampagne der privaten Entsorgungswirtschaft. Unterstützt wird die Kampagne von der Landtagsabgeordneten und Staatsministerin a.D., Ulrike Scharf: „Lithium-Ionen-Akkus sind im wahrsten Sinne des Wortes brandgefährlich. Jede zweite Altbatterie in Smartphones, Spielzeug und anderen Elektrogeräten landet leider immer noch im Restmüll.“ Dies liegt auch daran, dass Lithium-Ionen-Batterien als solche für den Verbraucher nicht sofort erkennbar sind. Bisher gibt es kein Bundesgesetz, welches eine einheitliche Kennzeichnungspflicht vorsieht. Eine Sichtweise, die der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen voll und ganz unterstützt. Nötig ist zum einen eine umfangreiche Präventionsarbeit für die Verbraucher und zum anderen die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen.



Die ehemalige bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf und Otto Heinz bekleben die ersten Tonnen für die Kampagne

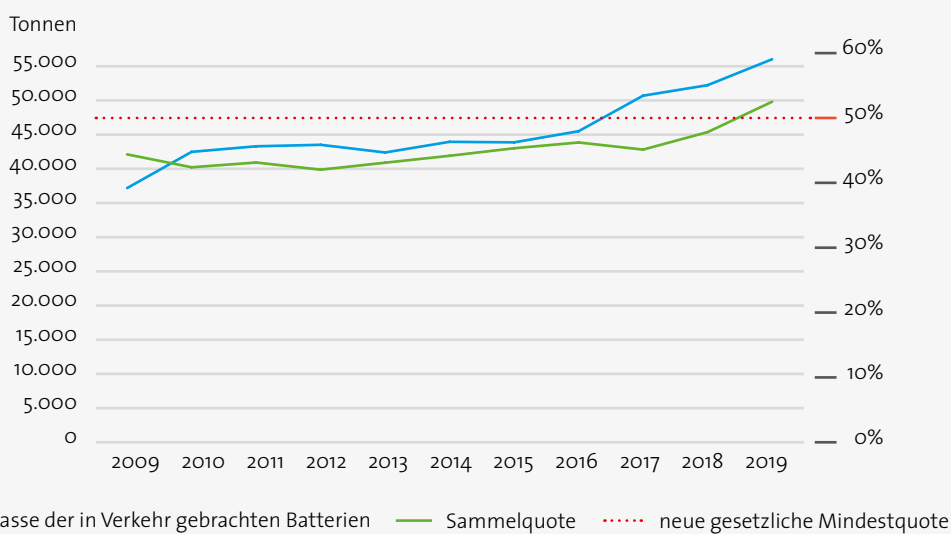


Ziel verfehlt: Warum bei der Novelle des Batteriegesetzes dringend nachjustiert werden muss

Im September dieses Jahres hat der Bundestag über die Neuauflage des Batteriegesetzes (BattG2) entschieden. Dazu gab es bereits vorab Empfehlungen seitens der Entsorgungsbranche zur Behebung der erheblichen Lücken der gegenwärtigen Gesetzgebung. So wird diese weder der aktuellen Marktsituation im Hinblick auf die steigende Menge an Lithium-Ionen-

Entsorgungswirtschaft nicht zielführend. Des Weiteren wurde das vorgeschlagene Pfand-System für lithiumhaltige Batterien und Akkus nicht berücksichtigt. Dazu äußerte sich auch bereits Peter Kurth, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft. Dieser sieht im Rahmen der verabschiedeten Gesetzesänderung

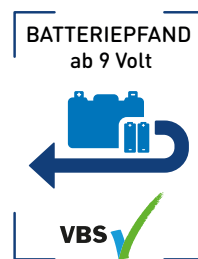
Gerätebatterien: Sammelquote im Jahr 2019 bereits über 50%



Systemen gerecht, noch ist sie unter Umweltschutz-Aspekten als zeitgemäß zu erachten. Am wenigsten zielführend ist die Nichtbeachtung der Gefahr, die von Lithium-Ionen-Akkus ausgeht.

Ein Aspekt des neuen Gesetzes ist die Anhebung der Sammelquote von Geräte-Alt-Batterien von 45 Prozent auf 50 Prozent. Diese Schwelle wird in Deutschland bereits überschritten. Die jüngsten Zahlen der Rücknahmesysteme belegen für das Jahr 2019 eine Quote von 52,2 Prozent¹⁾:

Eine Erhöhung der Mindestsammelquote auf lediglich 50 Prozent ist daher aus Sicht der privaten



erheblichen Nachholbedarf: „Es ist Tatsache, dass die Hälfte der Gerätebatterien keinem sachgerechten Recycling zugeführt wird.“ Ein Pfandsystem könnte hier wichtige Anreize zu einer sachgemäßen Rückgabe schaffen, so wie es bereits bei Plastikflaschen erfolgreich praktiziert wird. Dies würde nicht nur dazu führen, dass wichtige Rohstoffe wieder in den Wertstoffkreislauf gelangen, sondern wäre zudem auch eine aktive Maßnahme für den Klima- und Umweltschutz.

1) recyclingmagazin: <https://tinyurl.com/y53e5boa/>



Sekundärrohstoffe dürfen nicht länger das Mauerblümchen unter den Klimaschützern sein

Ende August 2020 wurde der Klimaschutzbericht 2019 des Bundesministeriums für Umwelt veröffentlicht. Aus diesem folgt, dass die Abfallwirtschaft im Zeitraum von 1990 bis 2020 mit einem Minus von 78 Prozent die größte relative Emissionsminderung aufweist.²⁾ Neben der Einführung der Getrennterfassung von Abfällen, sind die Hauptgründe dafür das Deponierungsverbot von unbehandelten, organisch abbaubaren Siedlungsabfälle sowie das verstärkte Recycling. Auch der Verband der Bayerischen Entsorger steht voll und ganz hinter einer stetig wachsenden Kreislaufwirtschaft: „Die Verwertung von Sekundärrohstoffen ist in Zeiten harter internationaler Rohstoffkonkurrenz ein wesentlicher Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes und zum Klimaschutz“, so VBS-Präsident Otto Heinz.



Sammelmengen von **Leichtverpackungsabfall** aus gelben Säcken (in Tonnen)

März bis Juni 2019: 874.175

März bis Juni 2020: 937.142 (+7,2%)

Die Corona-Krise hat die Entsorgungsbranche jedoch vor enorme Herausforderungen gestellt. So ergab sich durch die Pandemie u.a. eine regelrechte Kunststoffmüllschwemme: Im zweiten Quartal dieses Jahres stiegen die Sammelmenngen von Leichtverpackungsabfall aus Gelben Säcken um 7,2 Prozent. Die Ergebnisse aus dem Bundesministerium für Umwelt haben gezeigt, dass Recycling im Hinblick auf den Klimaschutz überaus effektiv ist. Bedauerlicherweise existieren aus finanzieller Hinsicht kaum Anreize für das Kunststoffrecycling. So hat die Branche zum Beispiel mit einem Preisverfall von recyceltem PET-Granulat zu kämpfen. Derzeit ist es finanziell attraktiver, Neuware aus Rohöl als die recycelte Variante zu verwenden. Dies sieht der Verband der Bayerischen

Entsorger als kontraproduktiv für den Klimaschutz an: „Die Abfallquote für Kunststoffe befindet sich coronabedingt bereits auf einem Rekordhoch. Diese wird durch die Benachteiligung der Kunststoffrezyklate noch verstärkt“, so VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß. Aus Sicht des VBS ist es daher dringend nötig, eine Mindestrezyklatquote auch für Kunststoffe einzuführen sowie PET-Neuware steuerlich nicht weiter zu bevorzugen. Dies geschieht aktuell zum Beispiel durch die Befreiung von der Mineralölsteuer und der EEG-Umlage.

Doch nicht nur Kunststoffe sind als Sekundärrohstoffe im Einsatz und zum Teil schon weitaus fortgeschrittener was die Recyclingquote betrifft. So werden etwa in der Glasindustrie 94 Prozent Rezyklate in der Glasproduktion genutzt, während man in der Papierindustrie auf eine Quote von 70 Prozent an eingesetzten Sekundärrohstoffen kommt. Um den Anteil an verwendeten Sekundärrohstoffen in weiteren Branchen noch weiter zu steigern, empfiehlt der VBS daher die flächendeckende Einführung von Mindestrezyklatquoten. In diesem Kontext begrüßt der Verband, dass dies für Verpackungen beispielsweise bereits auf europäischer Ebene geplant ist.



**MINDESTQUOTE
= UMWELTSCHUTZ**

Für den Mindest-Einsatz
von recyceltem Material

VBS



2) Klimaschutzbericht 2019:
<https://tinyurl.com/y62uf63a>



Landkreis Altötting: Rechtsstreit um Biotonne beendet

Ende letzten Jahres kam es zu einem Rechtsstreit zwischen dem Landkreis Altötting und der Regierung von Oberbayern. Der Grund dafür war, dass sich der Landkreis gegen die Einführung der Biotonne gewehrt hat: Der Kreistag hatte Ende 2015 beschlossen, trotz der entsprechenden Vorgabe im Kreislaufwirtschaftsgesetz kein Erfassungssystem für Biomüll einzuführen. Diesen Kreistagsbeschluss hatte die Regierung von Oberbayern für rechtswidrig erklärt und seine Zurücknahme verlangt. Aus der Sicht von Erwin Schneider, Landrat von Altötting, wiederum sei jedoch eine Biotonne weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.³⁾ Der Landkreis unterlag nun sowohl in erster Instanz als auch in der Berufung gegen die

Regierung von Oberbayern. So hat Ende August der 12. Senat der Bayerischen Verwaltungsgerichts mit Sitz in Ansbach die Berufung gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts München abgelehnt. Der VBS begrüßt dieses Urteil ausdrücklich und setzt sich schon seit längerem für die flächendeckende Biotonne in Bayern ein. Aktuell landet immer noch ein zu hoher Anteil von Bioabfällen in der Restmülltonne, wodurch diese ungenutzt verbrannt werden. Dies sieht der Verband der Bayerischen Entsorger kritisch, denn dadurch geht ein großes Potenzial zum Schutz des Klimas verloren. Aus Bioabfällen kann über Biogasanlagen Erneuerbare Energie produziert werden – ein wichtiger Beitrag zur Energiewende.



3) Passauer Neue Presse: <https://tinyurl.com/yxdzgm57>



VBS-Präsident Otto Heinz erhält bayerische Umweltmedaille

VBS-Präsident Otto Heinz wurde am 16. September von Umweltminister Thorsten Glauber mit der Bayerischen Umweltmedaille ausgezeichnet. Die Bayerische Staatsmedaille für herausragende Verdienste um die Umwelt ist die höchste Auszeichnung, die der Freistaat auf diesem Gebiet zu vergeben hat. Der VBS gratuliert ganz herzlich.



Staatsminister Thorsten Glauber (links) und Otto Heinz



VBS im Dialog

Austausch mit FDP-Abgeordnetem Albert Duin, MdL

Viel Übereinstimmung gab es beim Gespräch mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Albert Duin, MdL, zu aktuellen Themen der Kreislaufwirtschaft. Diskutiert wurde u.a. über die aktuelle Kampagne #BrennpunktBatterie, Auswirkungen von Corona auf die Branche, Mindest-Rezyklatquoten und das richtige Erfassungssystem für Verkaufsverpackungen in München.



v.l.n.r.: Otto Heinz, Albert Duin MdL, Philipp Höfl (FDP-Fraktionsreferent), Rüdiger Weiß



Große Übereinstimmung zu aktuellen Themen der Kreislaufwirtschaft

Der VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß traf sich mit dem umweltpolitischen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Bayern Christian Hierneis, MdL. Gesprochen wurde über aktuellen Themen der Kreislaufwirtschaft wie Biotonne, Mindest-Rezyklatquoten und die Brandgefahr durch Lithium-Batterien.

Gespräch mit CSU-Umweltpolitiker Dr. Martin Huber, MdL

Der VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß führte ein Gespräch mit dem Landesvorsitzenden des Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung der CSU (AKU), Herrn Dr. Martin Huber, MdL. Themen waren u.a. die Auswirkungen des Corona-Virus auf die Entsorgungswirtschaft, die Idee von Mindest-Rezyklatquoten, nachhaltige öffentliche Beschaffung, der Vorschlag eines Batteriepfands ab 9 V Spannung sowie die Getrenntsammlung von Bioabfällen.

Gespräch mit vbw-Präsident Wolfram Hatz

VBS-Präsident Otto Heinz und Geschäftsführer Rüdiger Weiß führten ein Gespräch mit vbw-Präsident Wolfram Hatz zu den Auswirkungen von Corona auf die bayerische Wirtschaft. Weitere Themen bei diesem Gespräch waren: die aktuelle Auslastung der bayerischen MVA, die Notwendigkeit einer Länder-Öffnungsklausel in der geplanten Bundes-Bodenschutzverordnung im Rahmen der Mantelverordnung und fairer Wettbewerb zwischen Privatwirtschaft und Kommunalunternehmen.

Die vbw ist die zentrale Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft, sie vertritt 142 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 44 Einzelunternehmen.

Gespräch mit FDP-Klimapolitiker Dr. Lukas Köhler, MdB

Geschäftsführer Rüdiger Weiß führte ein Gespräch mit dem klimapolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Herrn Dr. Lukas Köhler, MdB. Themen des Gesprächs mit dem Münchner Bundestagsabgeordneten waren u.a. die Auswirkungen des Corona-Virus auf die Abfallwirtschaft, die Idee von Mindest-Rezyklatquoten, nachhaltige öffentliche Beschaffung sowie die geplante neue Mantelverordnung. Dabei bestand Einigkeit bzgl. der Notwendigkeit einer vom VBS und weiteren Verbänden geforderten Länderöffnungsklausel. Das Gespräch fand, bedingt durch die Corona-Einschränkungen, als Videokonferenz statt.

Gespräch mit Michael Kießling, MdB

Vorstandsmitglied Frank Gärtner und Geschäftsführer Rüdiger Weiß führten ein Gespräch mit Michael Kießling, MdB zu aktuellen Themen der Kreislaufwirtschaft wie Auswirkungen des Coronavirus auf die Abfallwirtschaft, Mantelverordnung, Getrenntsammlung von Bioabfällen und Mindestrecyklatquoten. Besonders im Fokus stand die Brandgefahr durch Lithium-Ionen-Akkus – hierbei insbesondere die von BDE und VBS getragene Kampagne brennpunkt-batterie.de.



v.l.n.r.: Rüdiger Weiß, Christian Hierneis, MdL, Peter Pfeiffer



Dr. Martin Huber, MdL (links) und Rüdiger Weiß



Otto Heinz (links) und vbw-Präsident Wolfram Hatz



v.l.n.r.: Frank Gärtner, Michael Kießling, MdB und Rüdiger Weiß

Impressum

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V.

Ottostraße 5
80333 München
Tel. (0 89) 76 70 01 70
Fax (0 89) 76 70 01 72
E-Mail: info@vbs-ev.bayern
www.vbs-ev.bayern

Immer auf dem neuesten Stand – mit dem VBS auf Facebook und Twitter!

Hier finden Sie laufend Neuigkeiten zu unserer Verbandsarbeit und unseren Veranstaltungen sowie aktuelle Brancheninformationen. Schauen Sie rein – wir freuen uns auf einen regen Austausch mit Ihnen!

